

Der Sonntag

in Freiburg

Uni und Militär – eine gefährliche Nähe?

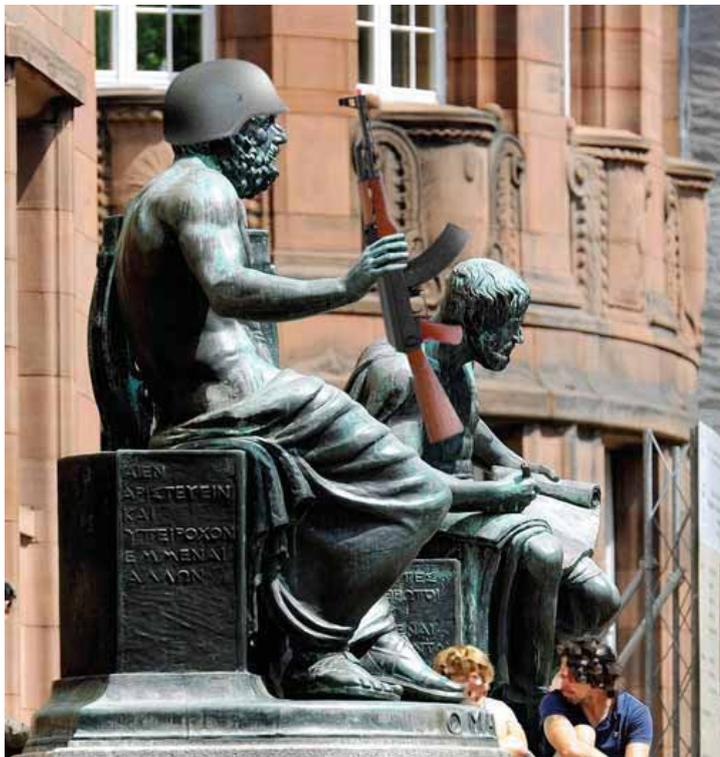
Freiburger Friedensaktivisten machen sich für eine **ZIVILKLAUSEL** an der Albert-Ludwigs-Universität stark

An den baden-württembergischen Hochschulen habe eine schleichende Militarisierung Einzug gehalten. Behaupten Friedensaktivisten und fordern eine Zivilklausel – auch für die Freiburger Universität. Dies hatten auch die Grünen im Landtagswahlkampf vertreten und machten nun eine Kehrtwende.

TONI NACHBAR

Der kleine Uni-Seminarraum 1026 im Kollegiengebäude I war in dieser Woche bis auf den letzten Platz gefüllt, doch Zuhörer, die wie Studenten aussahen, konnte man an den Fingern zweier Hände abzählen. „Sie sehen ja, wie wenige sich hier an der Uni für das Thema interessieren“, sagte eine junge Frau von der unabhängigen Studierendenvertretung (U-Asta). Das Gros des Publikums, die reiferen Damen und Herren im Saal, die den Vorträgen des Friedensaktivisten Dietrich Schulze und des Publizisten Peer Heinelt lauschten, machten keinen Hehl daraus, in welchen Organisationen sie sich engagieren: im Freiburger Friedensforum, in dem lokalen Verein „Friedenswoche“, sowie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Sie eint die Sorge über eine Militarisierung der Hochschulen durch das zunehmende Auftreten der Bundeswehr im öffentlichen Raum sowie die Kooperation der Wissenschaftler mit Rüstungsfirmen.

Ihre Argumentation stützt sich auf ein aktuelles landespolitisches Ereignis: Vor einigen Ta-



Über Krieg und Frieden nachzudenken, ist eine Grundfrage der Philosophie. Für militärische Zwecke zu forschen, sollte an Unis verboten sein – fordern Friedensaktivisten. FOTO/MONTAGE: SCHNEIDER/KITZLER

gen verabschiedete der Stuttgarter Landtag ein Gesetz zum Karlsruher Institut für Technologie (KIT), das 2009 aus einem Zusammenschluss zwischen der Universität Karlsruhe und dem Forschungszentrum Karlsruhe hervorgegangen ist. Das neue Gesetz gewährt dem KIT eine beachtliche Unabhängigkeit, was dessen Kritiker mit einer ziemlich uneingeschränkten Freiheit zur Rüstungsforschung übersetzen. Pikant ist: Am KIT hat es 2009 eine Urabstimmung gegeben, bei der sich über 60 Prozent der Stimmberechtigten für eine Zivilklausel ausgesprochen hat-

ten. Die Zivilklausel in diesem Zusammenhang besagt, eine Hochschule sei von innen oder außen verpflichtet, ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen. Für eine Zivilklausel am KIT hatten sich in der Vergangenheit auch die Grünen sowie die SPD stark gemacht, um nun als Partner eines Regierungsbündnisses für ein Gesetz zu stimmen, das keine Zivilklausel mehr vorsieht. Den Vorwurf der Friedensaktivisten, ein gewichtiges Wahlversprechen gebrochen zu haben, kontert die grüne Wissenschaftsministerin Theresia Bauer: „Ich unterstütze es, wenn

Hochschulen in Ihren Grundordnungen klarstellen, dass Forschung und Lehre friedlichen Zwecken dienen. Eine gesetzliche Beschränkung von Forschungsaktivitäten lehne ich jedoch ab. Denn es ist ein Unterschied, ob man für Zivilklauseln im Sinne einer Selbstverpflichtung der Hochschulen eintritt, wie ich es immer bevorzugt habe, oder ob man ein Verbot durch den Gesetzgeber will.“

An der Freiburger Universität, so behaupten es die Vertreter des U-Asta, sei die Debatte um eine Zivilklausel nicht weit fortgeschritten. Es gebe kaum Profes-

soren, die sich dafür öffentlich einsetzen, die Mehrzahl der Studenten interessiere das Thema eher weniger.

Möglicherweise deshalb, weil es an der Freiburger Universität gar keinen Anlass für eine Zivilklausel gibt?

Dem widersprechen sowohl der U-Asta, Freiburger Friedensaktivisten und der aus Freiburg stammende Publizist Heinelt, der mit seinen Veröffentlichungen zu Kooperationen zwischen Hochschulen und Militär zu einem der Wortführer der „Zivilklauselbewegung“ geworden ist. Sie verweisen auf immer häufigere Versuche der Bundeswehr, auch in Freiburg an Uni-Lehrveranstaltungen mitzuwirken, und warnen davor, dass eine Hochschule ohne Zivilklausel Gefahr laufe, in den Genuss von Forschungsgeldern zu kommen, mit denen Forschungsprojekte für die Rüstungsindustrie finanziert werden könnten.

Dietrich Schulze, einst wissenschaftlicher Mitarbeiter des Karlsruher Forschungszentrums und heute rühriges Mitglied einer Initiative gegen Militärforschung an den Universitäten, räumt ein, eine Zivilklausel auf dem Papier reiche allein nicht aus. Dennoch wäre sie ein wirksames Mittel in den Händen eines Uni-Senats, gewisse Kooperationen einzelner Fachbereiche und Fakultäten mit Rüstungsfirmen zu verhindern.

tag, dass eine Überarbeitung der Grundordnung der Albert-Ludwigs-Universität gerade auf der Tagesordnung stehe. Bedeutet dies, eine Zivilklausel könne in ihr verankert werden? „Dem kann ich nicht vorausgreifen“, so die ausweichende Antwort der Sprecherin. Immerhin versichert Eva Opitz, dass derzeit an keiner einzigen Einrichtung der Universität eine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr oder einem Rüstungskonzern bestehe. „Ob das in der Vergangenheit auch immer der Fall war, kann ich weder bestätigen noch dementieren. Um das lückenlos aufzuklären, braucht man Zeit.“

Offiziere bei der Berufspädagogik

Ein Dorn im Auge sind der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Auftritte „junger Bundeswehroffiziere“ in Lehrveranstaltungen der Pädagogischen Hochschule Freiburg. Deren Rektor Ulrich Druwe sagt: „Es gibt bei uns Professoren der Berufspädagogik, die Offiziere einladen. Angesichts der Lehrfreiheit ist dies möglich, politisch bewerten will ich das nicht.“ Allerdings: Die Erklärung, die Berufspädagogik-Professor Thomas Diehl dafür liefert, klingt einleuchtend: „Im Fach Berufspädagogik müssen sich unsere Studierenden, künftige Hauptschul- oder Realschullehrer, mit der Berufswahl ihrer künftigen Schüler auseinandersetzen. Folglich laden wir zu unseren Veranstaltungen Vertreter vieler Berufsgruppen ein. Dass auch Bundeswehroffiziere darunter sind, halte ich für normal. Die Offiziere machen keine Werbung, sondern werden kritisch hinterfragt.“

Und, so Ministerin Bauer, welches Problem gebe es denn mit der Bundeswehr? „Ich halte es für richtig, wenn Hochschulen Forschung zu sicherheitsrelevanten Fragen betreiben, die sich im Rahmen demokratisch legitimer Bundeswehreinsätze stellen“, sagt sie.

Eva Opitz, Sprecherin der Freiburger Universität, erklärte diese Woche gegenüber *Der Sonn-*